

kurs über die Preise von Vermögenswerten erfolgen muss. In den 90er Jahren, vor allem auch in der Asienkrise, hatte dies zu einem enormen und schmerzhaften Preisverfall bei Immobilien und Aktienpreisen geführt.

Eine weitere negative Wirkung des „peg“ ist, dass die Abwertung in anderen Ländern Hongkongs Exporte weniger wettbewerbsfähig macht. Allerdings wird dies mit Blick auf die enge Handelsverflechtung mit dem chinesischen Festland, das seine Währung ebenfalls über einen Währungskorb mit Dominanz des US-Dollars gebunden hat, als weniger gravierend angesehen. Demgegenüber steht der enorme Vorteil der Stabilität und Berechenbarkeit für ausländische Investoren, der mit der festen Wechselkursrelation zum Dollar verbunden ist. (HB, 13.12. und 10.1.02; AWSJ, 4.01.02; FT, 8.1.02) -schü-

hieße es, „Taiwan sei ein unveräußerlicher Teil der Volksrepublik China, und Japan verstehe und respektiere diese Sichtweise“.

In den Ohren der taiwanischen Regierung klangen diese Worte aus Japan jedoch keineswegs unverfänglich. In Taiwan verstand man ihre Worte vielmehr als Aufforderung, die chinesisch-taiwanische Wiedervereinigung nach dem Muster der Rückgabe der einstigen britischen Kronkolonie Hongkong zu vollziehen. Man nahm in Taiwan daher an, die Ausführungen Tanakas deuteten auf eine stillschweigende generelle Veränderung der japanischen Haltung gegenüber Taiwan und der Frage seines Verhältnisses zum Festland hin. Man befürchtete, mit diesen Kommentaren könnte ein Einschwenken Japans auf die Linie Beijings in der Wiedervereinigungsfrage angedeutet worden sein.

Entsprechend scharf fiel die Reaktion des taiwanischen Außenministeriums aus. In einer Protestnote an Shintaro Yamashita, den Leiter der als inoffizielles Konsulat Japans in Taiwan fungierenden Japanese Interchange Association in Taibei, hieß es u.a., Taiwan sei „eine unabhängige souveräne Nation und könne daher Äußerungen nicht akzeptieren, in denen es auf gleicher Ebene mit Hongkong betrachtet werde“. Auch der inoffizielle Vertreter Taiwans in Japan richtete eine Protestnote ähnlichen Inhalts an das Tokioter Büro der JIA. Darin hieß es weiter, die Zukunft Taiwans werde von der 23 Mio. Menschen zählenden Bevölkerung des unabhängigen und souveränen Landes bestimmt, und ausländischen Beamten werde es nicht gestattet, sich hier einzumischen. Aus dem Außenministerium verlautete es weiter unterstützend, die Republik China sei seit 1912 ein unabhängiges Land. Taiwan und das chinesische Festland stellten gegenwärtig zwei „getrennte politische Gebilde“ dar, und die politische Jurisdiktion der VR China habe sich nie auf Taiwan erstreckt.

In einer ersten Reaktion auf die taiwanischen Proteste ließ das japanische Außenministerium verlautbaren, die japanische Haltung in der Frage der Wiedervereinigung zwischen Taiwan und der VR China habe sich keineswegs gewandelt. Japan ha-

be schon seit langer Zeit vorgeschlagen, die Differenzen zwischen beiden Seiten der Taiwan Straße mit friedlichen Mitteln beizulegen. Letztlich befriedigen konnte Taiwan jedoch erst eine Klarstellung Tanakas im Rahmen einer erneuten Pressekonferenz am 28. Dezember. Hier bezog sie sich wiederum auf das Gemeinsame Communiqué zwischen Japan und China von 1972 und erklärte darüber hinaus, sie wisse sehr wohl, dass „Hongkong und Taiwan historisch unterschiedlich“ seien. Sie habe in ihren früheren Bemerkungen lediglich versucht zu betonen, es bedürfe Gesprächen zwischen China und Taiwan und nicht der Ausübung von Machtpolitik. (Kyodo News Service, 26.12.01, nach BBC PF, 27.12.01; Kyodo News Service, 28.12.01, nach BBC PF, 29.12.01; CNAT, 26.12.01, nach TH, 27.12.01; CNAT, 27.12.01, nach BBC PF, 28.12.01; CNAT, 27.12.01, nach FBIS, 28.12.01; CNAT, 28.12.01, nach BBC PF, 30.12.01; TH, 28.12.01) -kg-

---

## Taiwan

---

### 35 Protest gegen das japanische Außenministerium

Als äußerst dünnhäutig erwies sich Ende Dezember wieder einmal das taiwanische Außenministerium, wenn es um Stellungnahmen aus dem Ausland im Zusammenhang mit der Frage des Verhältnisses zur Volksrepublik China geht. Diesmal war es die japanische Außenministerin Tanaka, die mit einer Äußerung auf einer Pressekonferenz in Tokio am 25. Dezember in Taiwan den richtigen Nerv traf. Sie hatte gesagt, „sie denke, die Chinesen besäßen die Weisheit, sich mit politischen Fragen Zeit zu lassen. Hongkong sei an China zurückgegangen, und die Situation sei ruhig bereinigt worden, und sie hoffe, die Taiwan-Frage werde in ähnlicher Weise geregelt werden. Japan als benachbartes Land und auch der Rest der Welt sollten Anstrengungen unternehmen, damit diese Frage friedlich beigelegt werden kann.“

Später hatte auch Yasuo Fukuda, Chefkabinettssekretär, ausgeführt, die Haltung Japans in der Taiwan-Frage sei bereits in der Gemeinsamen Erklärung zwischen Beijing und Tokio aus dem Jahr 1972 festgehalten. Dort

### 36 Taiwan rüstet sich für die WTO und gegen China

Am 1. Januar war es so weit, Taiwan wurde offiziell das 144. Mitglied der Welthandelsorganisation WTO. Aufgrund des Widerstands der Volksrepublik China, die am 11. Dezember zum Vollmitglied geworden war, konnte Taiwans Beitritt erst mit dem Jahreswechsel vollzogen werden. Auch wird die Inselrepublik nicht als souveräner Staat beitreten, sondern als „Eigenständiges Zollterritorium Taiwan, Penghu, Jinmen, Mazu“ oder kurz und bereits aus anderen internationalen Organisationen und bei den Olympischen Spielen bekannt als „Chinesische Taipei“ firmieren. Nach zwölfjährigem Ringen um den Beitritt wird die ständige Vertretung Taiwans in Genf zukünftig 36 Personen umfassen und über ein jährliches Budget von etwa 5,8 Mio. US\$ verfügen. Nach Umfang und Status bemessen wird die taiwanische Delegation somit nach Einschätzung aus Taiwan denen der anderen Mitgliedsökonomien ebenbürtig sein.

Noch im Dezember hatte sich allerdings ein Disput zwischen Taiwan und einigen seiner wichtigsten Handelspartner über Importquoten entsponnen, der international erhebliche Zwei-

fel daran aufkommen ließ, ob sich der Inselstaat in der Lage sehen werde und der politische Wille vorhanden sei, seinen Beitrittsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Insbesondere für die Exporteure landwirtschaftlicher Produkte hätte eine von taiwanischer Seite zunächst angekündigte Verschiebung der Festlegung von neuen Zollquoten (Tariff Rate Quotas, TRQ) für 22 Produktkategorien zu Ausfällen erwarteter Einnahmen für Exporte nach Taiwan eines ganzen Produktionsjahres führen können. Insbesondere der Druck aus den USA, Kanada und Neuseeland haben allerdings dazu geführt, dass derartige taiwanische Pläne schnell aufgegeben wurden und die neuen TRQ bereits am 7. Januar 2002 veröffentlicht wurden.

Taiwan hat sich mit seinem Beitritt zu einer umfassenden Liberalisierung verpflichtet. Ähnlich wie die Volksrepublik China wird es auch in Taiwan den bislang besonders geschützten Agrarsektor besonders hart treffen. Mit nur 2% zum BIP beiträgend bietet die Landwirtschaft in Taiwan bisher 7% der Beschäftigten Arbeit. Damit gehört dieser Sektor zu den schwächsten Teilen der Wirtschaft mit gleichzeitig politisch weit überproportionalem Gewicht. Die graduelle Reduzierung der Einfuhrzölle von Agrarprodukten, die Ende Dezember im Durchschnitt bei 20% lagen, auf 13%, wird für viele der wenig konkurrenzfähigen landwirtschaftlichen Betriebe der Insel das Aus bedeuten.

Auch die taiwanische Automobilindustrie wird voraussichtlich zu den Opfern des WTO-Beitritts zählen, sollen doch Einfuhrzölle von bisher 60% auf ganze 16% fallen. Dasselbe gilt für den Finanz-, Versicherungs- und Bankensektor, da hier bereits seit geraumer Zeit ein mörderischer Wettbewerb bei gleichzeitig schlechter Performance herrscht. Insgesamt wird angesichts der Tatsache, dass Taiwan bereits vor seinem Beitritt zur WTO als eine der offensten asiatischen Ökonomien galt, jedoch erwartet, dass sich die Belastungen und negativen Folgen in Grenzen halten werden und keinesfalls mit den erwarteten Herkulesaufgaben zu vergleichen sind, die vor dem großen Bruder auf dem Festland liegen. Ohnehin betrachtet man in Taiwan den Beitritt zur WTO in erster

Linie als politischen Etappensieg auf dem internationalen Parkett.

Gegen das Festland will man sich in Taiwan allerdings in besonderer Weise schützen. So unterrichtete die taiwanische Regierung das Sekretariat der WTO bereits am Vortag des offiziellen Beitritts davon, dass Taiwan dem Beispiel der USA folgen werde und gegen bestimmte Produkte aus der Volksrepublik China eine spezielle WTO-Schutzklausel anwenden wolle. Dieses Vorgehen diene dem Schutz des taiwanischen Inlandsmarktes vor chinesischen Exporten zu Dumpingpreisen. Im Wesentlichen beziehe sich diese Maßnahme auf den Agrarsektor. Im Übrigen überwache das Wirtschaftsministerium derzeit etwa 400 landwirtschaftliche und industrielle Importprodukte vom chinesischen Festland, und diese Anzahl werde erweitert. Weiter hieß es aus Taiwan, dass der bilaterale Handel zwischen der Volksrepublik China und der Insel ohnehin in erster Linie den von beiden Seiten separat ausgehandelten Statuten über den Handel zwischen den zwei Seiten der Taiwan-Straße unterläge. Darüber hinaus würde man dem vorgesehenen Procedere im Rahmen der WTO-Schutzklausel folgen und in Handelsgesprächen mit der VR China zur Lösung der Probleme eintreten und ansonsten Importbeschränkungen für bestimmte Produkte mit irrational niedrigen Preisen verhängen.

Internationale Beobachter erwarten angesichts dieser in erster Linie durch das gespannte bilaterale Verhältnis zwischen Taiwan und der VR China bedingte Vorgehen der taiwanischen Regierung denn auch schon eine Austragung der politischen Konflikte zwischen den beiden chinesischen Kontrahenten auf der Bühne der WTO. Die Befürchtungen reichen von einer schleichenden Politisierung der Welt Handelsorganisation bis zu einer Beeinträchtigung ihres Funktionierens. (FT, 27.12.01; CNAT, 19.12.01, nach BBC PF, 20.12.01; CNAT, 27.12.01, nach BBC PF, 28.12.01; CNAT, 30.12.01, nach TH, 31.12.01; *The Taiwan Economic News*, 30.12.01, nach TH, 31.12.01; WSJ, 31.12.01) -kg-

### 37 Beobachterstatus in der OECD

Nach dem in Taiwan als politischer Erfolg interpretierten Beitritt zur WTO ist dem Inselstaat nach eigener Auffassung ein weiterer außenpolitischer Coup gelungen. Seit 1998 war Taiwan darum bemüht, mit dem Status eines Beobachters zur Kommission für Wettbewerbsrecht und -politik der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD zugelassen zu werden. Noch im ersten Halbjahr 2001 war dies jedoch aus politischen Erwägungen seitens der OECD abgelehnt worden. Einen vorläufigen positiven Bescheid erhielt Taiwan dann im Juli 2001, bevor am 20. Dezember die offizielle Zustimmung zum Antrag auf Zulassung als Beobachter erfolgte.

Aus Taiwan hieß es, man habe dieses Unterfangen in aller Stille betrieben, um nicht seitens der Volksrepublik China Knüppel zwischen die Beine geworfen zu bekommen, die sich gleichzeitig erfolgreich um die Aufnahme als beobachtende Nation in die Kommission für Wissenschaft und Technologie der OECD bemühte. Man habe die Sache daher so diskret wie möglich vorangetrieben, um möglichst der Aufmerksamkeit der VRCh zu entgehen. Im Übrigen, so hieß es in Taiwan offiziell weiter, sei man während der letzten Jahre bereits eng mit der OECD assoziiert gewesen. Insbesondere sei man in drei Jahren in Folge Mitveranstalter von internationalen Symposien über Wettbewerbsstrategien gewesen, wodurch nicht zuletzt Taiwan selbst zu einem Musterbeispiel für fairen Handel in Südostasien werden konnte.

Den Bedingungen im Zusammenhang mit dem Beitritt Taiwans zur WTO folgend, wird die Inselrepublik nunmehr unter der Bezeichnung „Chinese Taipei“ als Beobachter in einer Kommission der OECD vertreten sein. Die taiwanischen Ambitionen auf internationalem Parkett reichen jedoch weiter. So ist man bemüht, weiteren internationalen Organisationen beizutreten. Auf dem Programm der Regierung steht dabei die World Intellectual Property Rights Organization ebenso wie die World Customs Organization oder die International Standards Organization.

Der jetzige diplomatische Erfolg im Rahmen der OECD blieb in Taiwan jedoch nicht ohne Wermutstropfen. So brach unmittelbar nach Bekanntgabe des erfolgreichen Bemühens um einen Beitritt mit Beobachterstatus ein kleinkrämerischer Streit zwischen der Fair Trade Commission und dem Wirtschaftsministerium aus. Beide beschuldigten sich gegenseitig, sich mit fremden Federn zu schmücken, weil sie den Erfolg jeweils für sich selbst proklamiert hatten. Der stellvertretende Wirtschaftsminister Chen versuchte im Streit zu beschwichtigen, indem er klarstellte, sein Ministerium wolle den Erfolg in dieser Sache keineswegs monopolisieren. Es handle sich vielmehr um die Früchte der Anstrengungen, die zwischen einer größeren Zahl von Regierungsinstitutionen abgestimmt gewesen seien. (CNAT, 19.12.01, nach BBC PF, 20.12.01; CNAT, 21.12.01, nach BBC PF, 22.12.01; *The Taiwan Economic News*, 21.12.01, nach TH, 21.12.01) -kg-

### 38 Verfassungsreform ohne regierungsfähige Mehrheit?

Das Ergebnis der Parlamentswahlen entsprach zwar bei weitem nicht den schlimmsten Befürchtungen der DPP. Dennoch ließ es diese trotz eigener Stimmengewinne und hoher Verluste seitens der KMT ohne regierungsfähige Mehrheit zurück. Und auch jetzt zeigten trotz wiederholter Angebote von Präsident Chen Shui-bian sich weder KMT noch PFP bereit zur Beteiligung an einem vom Präsidenten schon vor dem Wahltermin propagierten Nationalen Stabilitätsbündnis. (Vgl. auch das Thema zum Ausgang der Parlamentswahlen in Taiwan in diesem Heft.)

Angesichts dieser Pattsituation fragt man sich schon nach Sinn und Zweck der seitens der DPP erneut angestoßenen Diskussion über eine Reform der Verfassung und des Regierungssystems in Taiwan so kurz nach den Wahlen. Wenn es sich um einen erneuten Vorstoß handeln sollte, die Opposition ins gemeinsame Boot eines Nationalen Stabilitätsbündnisses zu holen, wo diese Frage nach den Vorstellungen Präsident Chens diskutiert

werden könne, so erwies sich auch dieser Schachzug als wirkungslos.

Konkret hatten prominente Vertreter der DPP zunächst vorgeschlagen, das taiwanische politische System in ein Präsidialsystem US-amerikanischer Prägung umzuwandeln. Nachdem sich allerdings heftiger Widerstand regte, wurde seitens der DPP auch eine Reform nach dem Vorbild des französischen Systems in die Debatte eingeführt.

Den Hintergrund für derartige Vorschläge bildet die Lähmung der Regierungsarbeit, die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse seit der Wahl Chens zum Präsidenten in Taiwan existieren. So beruht das gegenwärtige taiwanische System zwar auf dem französischen Vorbild, doch wurden in der während des chinesischen Bürgerkriegs 1947 verabschiedeten Verfassung letztlich nur Teile realisiert. Während beispielsweise der französische Staatspräsident die Macht besitzt, das Parlament aufzulösen, kann dies der taiwanische Präsident nur auf der Grundlage eines Misstrauensvotums gegen die vom Präsidenten eingesetzte Regierung seitens des Exekutiv-Yuans. Insbesondere die KMT-Opposition verstand es mit ihrer bisherigen Parlamentsmehrheit aus Sicht der DPP nun während der vergangenen eineinhalb Jahre geschickt, politische Prozesse im Sinne der DPP im Exekutiv-Yuan zu obstruieren, ohne jedoch den eigentlich konsequenten Schritt der Einbringung eines Misstrauensantrags zu vollziehen. Die Einführung eines voll funktionsfähigen französischen Präsidialsystems könnte hier nach Meinung der DPP Abhilfe schaffen.

Idealerter stellt man sich im Lager Präsident Chens jedoch die Einführung des amerikanischen Präsidialsystems vor. Bereits im derzeitigen System seien zwei der fünf Verfassungsorgane, nämlich der Examinations-Yuan und der Kontroll-Yuan, in ihrer Funktion obsolet, seitdem der Präsident in direkten Wahlen vom Volk gewählt wird.

Wie solche Reformvorstellungen allerdings wie seitens der DPP gewünscht in einem Zeitraum von vier bis sechs Jahren umgesetzt werden sollen, bleibt völlig schleierhaft. Ist derzeit noch nicht einmal absehbar, mit

welchen politischen Kräften und unter welchen Bedingungen eine arbeitsfähige Regierung gebildet werden kann, so ist wohl erst recht nicht zu erwarten, dass drei Viertel der Abgeordneten irgendeiner von der DPP favorisierten Verfassungsänderung zustimmen könnten, zumal die KMT bisher jede Reform kategorisch ablehnt.

Auch die ebenfalls von der DPP ins Feld geführte Vorstellung, wonach in einem ersten Reformschritt die Anzahl der Sitze im Legislativ-Yuan, dem taiwanischen Parlament, auf die Hälfte reduziert werden soll, dürfte hier kaum weiterhelfen. Zum einen ist auch hierfür keine Zustimmung in Sicht. Zum anderen warnen Kritiker bereits davor, dass man mit einem dermaßen kleinen Parlament Gefahr liefe, nicht über ausreichend Expertise und Manpower zu verfügen, um eine sinnvolle Fachausschussarbeit zu gewährleisten.

Bislang handelt es sich bei der gesamten Diskussion damit um ein in der Realität der politischen Machtconstellation wenig verankertes Wortgefecht, während konkrete Ergebnisse vorerst kaum zu erwarten sind. (CNAT, 6.12.01, nach BBC PF, 7.12.01; CNAT, 13.12.01, nach BBC PF, 14.12.01; CP, 14.12., 19.12.01; TT, 16.12., 19.12.01) -kg-

### 39 „Taiwan Think Tank“ für Präsident Chen

Am 30. Dezember wurde ein neuer Think Tank als Ratgebergremium für den taiwanischen Präsidenten Chen Shui-bian aus der Taufe gehoben. Den Vorsitz hat Lin Jon-shong, Präsident der taiwanischen Börse und einer der Mentoren Chens, übernommen. Die neue privatrechtlich organisierte Institution mit dem Titel Taiwan Think Tank (*Taiwan zhiku*), zu deren Mitgliedern bekannte Persönlichkeiten aus Forschung und Wirtschaft zählen, besitzt ein registriertes Stiftungskapital von 60 Mio. NT\$. Als Forschungsinstitut soll sie sowohl akademische als auch wirtschaftliche Expertise in Politikberatung umsetzen, konsensfähige Vorschläge unterbreiten und darüber hinaus auch als Pool für Persönlichkeiten dienen, die sich hier für eine spätere Übernahme von Regierungsämtern qualifizieren sollen. Ganz so neu, wie es zunächst

den Anschein haben könnte, ist der Think Tank jedoch nicht. In wesentlichen Teilen ist dieser bereits seit etwa einem Jahr aktiv. Was bisher fehlte, war das gemeinsame Dach und die Institutionalisierung der Tätigkeiten.

Obwohl in Taiwan eigentlich auch bisher kein Mangel an ähnlichen Institutionen der Politikberatung herrschte, war die Gründung aus Sicht der Unterstützer Chen Shui-bians notwendig geworden, weil bislang bestehende Think Tanks aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte in der KMT-Zeit zu große Nähe zu der größten Oppositionspartei unterstellt wird. Andere wiederum seien direkt regierungsfinanziert, wodurch Abhängigkeitsverhältnisse und eine latente Distanzlosigkeit entstünde. Es habe also an einem loyalen und gleichzeitig unabhängigen Beratungsgremium für den Präsidenten gefehlt. Ob diese Einschätzung berechtigt ist, sei dahingestellt. Breiter Kritik sehen sich seit langem Think Tanks und Staatsführung gleichermaßen ausgesetzt, weil es an einer sinnvollen Verzahnung von akademischer Forschung, Politikberatung und Regierungshandeln fehle.

Trotz der Teilnahme namhafter Persönlichkeiten wie Ko Chen-en (Ke Cheng'en), Dean des Management College der National Taiwan University, James Lee (Li Jiemu), Generaldirektor der Hsinchu Science-based Industrial Park, Tsai Hong-tu (Cai Hongtu), Präsident des Versicherungsunternehmens Cathay Life, Kao Chih-shang (Gao Zhishang), Vizepräsident der I-mei Foods Industrial Co. Ltd., Lin Chia-lung (Lin Jialong), Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats oder Hsu Chih-hsiung (Xu Zhixiong), Minister ohne eigenen Geschäftsbereich, warnen Kritiker bereits, der neue Think Tank könne ebenfalls Gefahr laufen zu einem weiteren Elfenbeinturm zu werden. Es wird daher angeregt, das Institut solle seine Forschungen eng auf bestimmte Themenfelder fokussieren, da eine Überforderung selbst angesichts einer sehr guten finanziellen und personellen Ausstattung schnell eintreten könnte. Keinesfalls könnten Antworten auf alle politischen Fragen der so komplexen wie unterschiedlichen Felder innere, internationale und bilaterale Fragen im Zusammenhang mit dem Verhältnis zur VR China, Finanzen, Wirtschaft, Ver-

teidigung oder Sozialwesen erwartet werden.

Dieser Kritik wird offenbar insoweit bedingt Rechnung getragen, als zunächst Probleme im regionalen Kontext der Asien-Pazifik-Region, im Zusammenhang mit der Welthandelsorganisation WTO, der Reform des Regierungssystems, dem chinesischen Festland, mit Landwirtschaft, Technologie, Finanzen und gesellschaftlicher Entwicklung ganz oben auf der Agenda stehen sollen. Außerdem will man eine organische Anbindung an die Regierung erreichen, womit der Informationsfluss in beide Richtungen gewährleistet werden soll. (TT, 23.12., 31.12.01; TH, 24.12., 31.12.01) -kg-